

BRÜSSEL, 18. Dezember. Berlin, Brüssel, Bürokratieabbau. Diese drei Begriffe sollen sich während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 zu einem harmonischen Dreiklang verbinden. Anfang März, auf dem Brüsseler Gipfeltreffen, möchte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Staats- und Regierungschefs der anderen 26 Mitgliedstaaten für das Ziel gewinnen, den durch EU- und einzelstaatliche Vorschriften verursachten Verwaltungsaufwand für die Unternehmen innerhalb von fünf Jahren um ein Viertel zu verringern. „Deutschland strebt die Festlegung konkreter quantitativer Ziele an, ähnlich wie dies bereits in den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien eingeführt worden ist“, heißt es im Arbeitsprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft.

Die Bundesregierung verweist in dem Programm darauf, daß in der EU ein „einheitliches Verfahren zur Messung von Bürokratie Anwendung finden“ solle. Es ist kein Zufall, daß insbesondere die Niederlande als Vorbild im Kampf gegen die Auswüchse der Bürokratie gelten. Wegweisend soll eine knappe 150 Seiten lange, noch unveröffentlichte Studie mit dem Titel „Modellvorhaben zu Verwaltungslasten“ sein. Sie ist im Auftrag der Europäischen Kommission gemeinsam von dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) in Wien und dem Brüsseler Centre for European Policy Studies (Ceps) erarbeitet worden. Die Studie beruht auf einem Vergleich der in vier Ländern gesammelten Erfahrungen: Dänemark, Großbritannien, Tschechien und den Niederlanden. Das dort entwickelte Verfahren (Standardisiertes Kostenmodell/SKM), das die Lasten auf der Grundlage der Informationspflichten und des Verwaltungsaufwands ermittelt, soll auch nach dem Willen der Kommission als Referenzgröße für die gemeinsamen Anstrengungen der EU-Partner zum Bürokratieabbau dienen. Insbesondere die niederländischen Erfahrungen werden in der Studie als „Erfolgsstory“ bezeichnet.

Mitte November hatte die Europäische Kommission bei der Vorlage der federführend durch Industriekommissar Günter Verheugen erarbeiteten neuen Vorschläge zur „besseren Rechtsetzung“ eine Verringerung des Verwaltungsaufwands um ein Viertel bis zum Jahr 2012 angeregt. Dies könne zu einem Wachstumsschub in

einer Größenordnung von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit entsprechenden höheren Investitionen für Wachstum und Beschäftigung führen, habe die Kommission damals angekündigt.

Die Verfasser der gemeinsamen Studie von Wifo und Ceps erinnern daran, daß die Bemühungen zur besseren Rechtsetzung bereits „tief in den überwölbenden EU-Rechtsgrundsätzen“, nicht zuletzt in dem 1997 in Amsterdam vereinbarten „Protokoll über die Anwendung der Grundsätze von Subsidiarität und Verhält-

mark und Tschechien lediglich Kosten für die Privatwirtschaft errechnet werden, wurde in den Niederlanden der Versuch unternommen, auch die Belastung für die Bürger zu ermitteln. Dementsprechend kann nicht überraschen, daß die Folgen bürokratischer Hürden in Dänemark auf 2,1, in den Niederlanden dagegen auf 3,6 Prozent der Wirtschaftsleistung geschätzt werden.

Wifo und Ceps gelangen zu dem Schluß, daß sich die Anstrengungen beim Bürokratieabbau auf insgesamt zehn Poli-

Last der Bürokratie

Belastung der Unternehmen in den Niederlanden durch Lieferung von Daten an Ministerien



„nismäßigkeit“, verwurzelt seien. Mit der von Verheugen im März 2005 vorgelegten Kommissionsmitteilung zur besseren Rechtsetzung rückten die Erfassung der Kosten sowie der grenzüberschreitende Erfahrungsaustausch beim Kampf gegen den Amtsschimmel stärker in den Vordergrund. Von einer systematischen Ermittlung der Bürokratiekosten in allen EU-Ländern nach dem niederländischen Modell wurde jedoch Abstand genommen, weil dies nach Schätzungen der Kommission einen finanziellen Aufwand von 100 Millionen Euro nach sich gezogen hätte.

Immerhin gibt es mittlerweile bereits in einem Dutzend EU-Staaten, darunter auch Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, entsprechende Programme oder Bestrebungen zum Bürokratieabbau. Die Studie aus Wien und Brüssel liefert auf den ersten Blick keine eindeutigen Erkenntnisse zur derzeitigen unntigen Kostenbelastung. Während in Däne-

Rechts- und Linksliberalen hatte es sich nach ihrem Amtsantritt im Jahr 2003 zum Ziel gesetzt, innerhalb von vier Jahren auf jährlich 16,4 Milliarden Euro geschätzten Verwaltungsaufwand um ein Viertel (4,1 Milliarden Euro) zu verringern. Mit jeweils jährlich fast 1,5 Milliarden Euro schlugen die Kosten der Richtlinien zur Rechnungslegung (78/660/EWG) sowie zur Angleichung der Rechtsvorschriften über Umsatzsteuern (77/388/EWG) – auch bekannt als Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – zu Buche.

Die Regierung entschied sich, die zahlenmäßigen Ziele je nach Ministerium und Aufgabe zu staffeln, bei einigen Ministerien ging es um eine Verringerung um 15, bei anderen um 25 Prozent. Deutlich wurde auch, daß sich der Kostenaufwand für die Anwendung von EU-Regelungen (Verordnungen und Richtlinien) und je nach für die Befolgung einzelstaatlicher Auflagen ungefähr die Waage hielt.

Bis zum Frühjahr 2006 waren für rund 100 Regelungen Vereinfachungen vorgenommen worden. Die Folge waren Entlastungen in einer Größenordnung von 1,9 Milliarden Euro. Es wurde aber für möglichst gehalten, durch Vereinfachungen an 70 weiteren Regelungen zusätzliche Einsparungen in Höhe von 2,9 Milliarden Euro zu erreichen. Wifo und Ceps stellen lobend heraus, daß das Haager Finanzministerium eine koordinierende Rolle übernommen habe und auch der 2000 gegründete unabhängige Beirat zum Bürokratieabbau (Actal) seine Aufgabe erfüllt habe.

Auf der Grundlage der nicht nur in den Niederlanden, sondern auch in den drei untersuchten Ländern gesammelten positiven Erfahrungen haben Wifo und Ceps daher einen Zeitplan angesetzt. So sollen nach dem im kommenden März erwarteten Grundsatzbeschluß der Staats- und Regierungschefs die Arbeiten zur möglichst genauen Ermittlung des Verwaltungsaufwands in allen 27 Mitgliedstaaten beginnen und bis Ende 2008 abgeschlossen werden. Danach sollen nach niederländischem Vorbild konkrete Ziele genehmigt werden, und es soll mit der Verwirklichung der geplanten Entlastungen begonnen werden. Wifo und Ceps sind zuversichtlich, daß es mit dem Abbau bürokratischer Hürden in Europa vorangehen wird. Die Erfahrungen lehren, „daß ein gesamteuropäisches Aktionsprogramm zwar eine Herausforderung darstellt, aber machbar ist“, heißt es in der Studie.